

Fastenzeit in der Politik

Diese Kolumne soll kein zynischer Seitenhieb über die geistige Fastenzeit oder intellektuelle Abstinenz gewisser Politikerkollegen werden. Dies wäre wahrscheinlich unterhaltsam und reisserisch, allenfalls aufschlussreich, aber bestimmt nicht sehr höflich und mit Sicherheit für eine junge Politikerin nicht produktiv. Ich will hier den noch gewagteren Versuch machen, eine Brücke von der christlichen Fastenzeit zur lokalen Politik zu schlagen.

Unter der ökumenischen Kampagne „des einen Schatz – des anderen Leid“ begehen die Landeskirchen die 40-tägige Fastenzeit. Dabei wollen sie nicht moralisierend den Finger heben, sondern uns in erster Linie sensibilisieren und motivieren. Es soll uns bewusst werden, dass wir nicht losgelöst und völlig eigenständig als Land oder Kanton existieren, sondern stets in einem globalen Kontext agieren. In diesem weltweiten Geflecht profitieren wir - und damit meine ich gerade auch den Kanton Zug - von den Ressourcen anderer. Wir alle wissen, dass dabei nicht alle Beteiligten in gleichem Masse begünstigt werden und einige sogar nur verlieren.

Was kann hier die Politik unternehmen? Oder ist gar die Frage berechtigt, ob sich die Politik dabei überhaupt engagieren soll? Dass ich als überzeugte C-Politikerin die letzte Frage mit einem klaren Ja beantworte, erstaunt wohl nicht. Ich bin aber auch der Überzeugung, dass alle bürgerlichen Politiker, die einer sozialen Marktwirtschaft verpflichtet sind, hier an einem Gleichgewicht und an mehr Fairness interessiert sind.

Wir erreichen diese globale Fairness nur mit Taten. Dies haben die eidgenössischen Räte kürzlich mit der Zustimmung, dass 0.5% des Bruttoinlandproduktes in die Entwicklungshilfe fliessen sollen, unterstrichen. Sie bezeichnen ihren Entscheid als eine Investition in unsere globalen Partner aber auch in die Glaubwürdigkeit der Schweiz. Wir unterstützen damit nicht nur kurzfristig Bedürftige, sondern dürfen auch mit einer langfristig wirkenden Rückkoppelung rechnen. Bundesrat Johann Schneider-Ammann hat dies in seinem Votum im Ständerat so ausgedrückt. „Stabilität ist - wo immer auf der Welt - eine Einladung zur Investition. [...] Mit unserem Entwicklungsbeitrag leisten wir einen Beitrag zur Stabilisierung und damit einen Beitrag zu Investitionen; dies auch wieder nicht ganz uneigennützig, denn es sind unsere Unternehmen, ganz besonders auch die KMU, die diese Investitionen suchen.“

In meiner nun rund 100 Tage dauernden Amtszeit als Kantonsrätin durfte ich die globale Solidarität im politischen Alltag bereits mitgestalten. Das freut mich und darauf bin ich auch stolz. Der Kantonsrat stimmte an seiner Sitzung vom 27. Januar einem Entwicklungshilfebeitrag an Haiti zu; ein Land, das enorm unter den verheerenden Folgen der Erdbebenkatastrophe leidet.

Die Fastenzeit ist keine kirchlich verordnete Diät, um schon lange überflüssig gewordene und lästige Pfunde loszuwerden. Die Diät soll in unserem Bewusstsein stattfinden. Wir wollen unseren Konsum kritisch beleuchten und als Ziel davon nicht uns von Kilogrammen, aber unsere Mitmenschen weltweit von schweren Lasten wie Hunger, Elend, Krankheit, Armut und Arbeitslosigkeit befreien. Insofern findet bei einem wachen Geist und einem offenen Herzen die Fastenzeit auch in der Politik statt.

Anna Bieri, Kantonsrätin CVP, Hünenberg, März 2011